

Arbeitermörder oder Märtyrer?

Die Kontroverse um die Rolle von Engelbert Dollfuß entzweit noch immer die Lager.



Engelbert Dollfuß 1933

[Wikimedia](#)

Es schlummert bereits mehrere Legislaturperioden lang beschaulich in den hinteren Seiten der Regierungsprogramme: das Projekt eines Hauses der Geschichte. Das ambitionierte Vorhaben, ein nationales Museum zur österreichischen Zeitgeschichte ins Leben zu rufen, zerschellte bisher allerdings nicht nur an Budgetnöten oder an dem demonstrativen Desinteresse der gegenwärtigen Bundesregierung, sich mit anderem als publikumswirksamen Boulevardthemen zu beschäftigen. Der Plan scheiterte auch an der Unvereinbarkeit der ideologischen Positionen, welches Geschichtsbild in einem historischen Museum der Republik präsentiert werden soll.

Mehrere Konzepte versuchten sich vergeblich an der Einigung auf eine einheitliche Sichtweise. Über die meisten Kapitel kann zumindest notdürftig Konsens hergestellt werden. Aber über die letzte Phase der Ersten Republik, die Zeit von der Ausschaltung des Parlaments 1933 bis zum Anschluss an Nazi-Deutschland 1938, scheint nicht einmal ein fauler Kompromiss zu gelingen.

Im Zentrum dieser Kontroverse um die Deutungshoheit steht die Figur des niederösterreichischen Agrarfunktionärs Engelbert Dollfuß, der im Lauf seiner stürmischen Karriere zu der autoritären Führungsfigur der christlichsozialen Regierungsdiktatur aufgestiegen und bei einem missglückten Putsch der Hitler-Kohorten ermordet worden war.

Fünf Monate vor seinem Tod hatte Dollfuß allerdings auch den bewaffneten Widerstand der Sozialdemokratie gegen das repressive Regime, die nach einem Regierungsputsch systematisch aus allen politischen Funktionen verdrängt worden war, niederkartätschen lassen. Neben der Armee rief der Austro-Führer auch den faschistischen Kampfverband der Heimwehr zu Hilfe, die eine Art fünfte Kolonne des italienischen Diktators Benito Mussolini darstellte. Längst hatte Dollfuß zu diesem Zeitpunkt die nominell noch bestehende Republik an den Duce in Rom ausgeliefert, der ihn ultimativ aufforderte, die roten Strukturen zu zerschlagen. Genau das passierte im Februar 1934. Neun Schutzbündler, Angehörige der sozialdemokratischen Miliz, wurden nach der Niederlage standrechtlich hingerichtet. Der gelernte Schuhmacher Karl Münichreiter wurde trotz seiner schweren Schussverletzungen sogar auf einer Bahre zum Galgen geschleppt.

Arbeitermörder oder Märtyrerkanzler – zwischen diesen Extremen changierte in den folgenden Jahrzehnten die Betrachtungsweise. Bis heute. Das autoritäre Regime seines Nachfolgers Kurt Schuschnigg entfaltete einen makabren Totenkult, der sich ausgiebig aus dem Repertoire der katholischen Mystik und ihrer Märtyrerverherrlichung bediente. Zugleich verfestigte sich im Lager der unterdrückten Sozialdemokraten der Hass auf den Mann, in dem sie den Totengräber der Demokratie erblickten.

Aber auch nach der Katastrophe des NS-Zeit und der Befreiung von 1945 näherten sich die Positionen keineswegs an. Der Konflikt wurde jedoch aus der Öffentlichkeit in die jeweiligen parteipolitischen Biotop verdrängt. Dort schwelte er im Verborgenen weiter. Während sich Sozialdemokraten und Konservative im Namen des viel

beschworenen Geists der Lagerstraße (die Gegner von einst waren einander in KZs der Nazis begegnet) in ihren Koalitionsregierungen an den Wiederaufbau des zerstörten Landes machten, hegten sie in den Parteilagern ihre tradierten Geschichtsbilder weiter. Dem Konsens der Sozialpartnerschaft stand der Dissens der unterschiedlichen Traditionspflege gegenüber.

Verantwortlich dafür waren in der ersten Nachkriegsdekade auch die Besatzungsmächte, die ein Aufflammen der alten Konflikte verhindern wollten. Die Amerikaner befürchteten etwa, dass es in Österreich ungleich schwerer sein werde, demokratische Strukturen zu verankern, als in ihrem Teil Deutschlands, da dem Kleinstaat die Erfahrungen gleich zweier aufeinanderfolgender Diktaturen in den Knochen stecke. Als Karl Renner, einer der sozialdemokratischen Gründerväter der Republik, unmittelbar nach Kriegsende immer wieder den »Klerikofaschismus« zur Sprache bringen wollte, dämpften sowjetische Politoffiziere rasch seinen Furor.

Beide Seiten der angewandten Historikerdebatte hatten schließlich keine lupenreine Vergangenheit. Die Volkspartei hatte sich geschickt durch eine Neugründung vom Erbe der christlichsozialen Diktatur zumindest formal distanziert, und dort, wo es eine Kontinuität im politischen Personal gab, galt der Sündenfall in den meisten Fällen durch Jahre der KZ-Haft als gesühnt. Dennoch argwöhnten die Genossen bis in die Jahre der ÖVP-Alleinregierung hinein, der alte autoritäre Geist der Christlichsozialen könnte eines Tages wieder erwachen. Gleichzeitig sollte aber aufseiten der SPÖ möglichst wenig an den sozialdemokratischen Deutschnationalismus erinnert werden, etwas dass Karl Renner 1938 freiwillig für den Anschluss an Hitler-Deutschland geworben hatte.

Gewissermaßen als neutraler Beobachter spottete der kommunistische Parteiintellektuelle Ernst Fischer: »Die einen waren keine Demokraten, die anderen keine Patrioten.«

Die Epoche des »vergessenen Faschismus«, wie der Historiker Oliver Rathkolb die Ständestaat-Jahre nennt, blieb somit aus der Tagespolitik weitgehend ausgespart. Der Opfer-Täter-Diskurs war Gedenktagen vorbehalten. Oder er fand in hitzigen Parlamentsdebatten bei Zwischenrufen Verwendung, wenn Abgeordnete meinten, Öl ins Feuer gießen zu müssen.

MEHR ZUM THEMA

- **AUSTROFASCHISMUS** Totenkult für einen Diktator
- **ÖSTERREICH** Adolf und die Patrioten

SCHLAGWORTE

[Österreich](#) | [Geschichte](#) | [Politik](#)

»Alle Deutungen im Opfer-Täter-Diskurs sind politisch instrumentalisierte, an bestimmten Interessen orientierte, aber deshalb nicht einfach nur falsche Erinnerungen von Teilen der österreichischen Gesellschaft«, [meinte der Politikwissenschaftler Anton Pelinka in der ZEIT](#), als 2008 anlässlich des 70. Jahrestages des Anschlusses die Debatte zuletzt entbrannt war. Bei einer ÖVP-Veranstaltung im Parlament verherrlichte der verstorbene Otto von Habsburg den österreichischen Diktator als einzigen Staatschef in Europa, der »in der Schlacht gegen Hitler gefallen ist«. Das konservative Publikum jubelte begeistert.

Damals versuchte sich auch Michael Spindelegger, mittlerweile Chef der Volkspartei, als neuer Zeremonienmeister der Dollfuß-Verehrung. Dessen Porträt zierte im Parlament nicht zur Erinnerung die Klubräume der ÖVP, sondern zur Mahnung. Ein fatales Argument, das sich auf jede Stalin-Büste oder jedes Hitler-Bild anwenden ließe. Der Führer als Mahner – diese Volte schafft sonst nur ein Harald Schmidt.

Lesen Sie [hier mehr aus dem Ressort Geschichte](#).

- VON [Joachim Riedl](#)
- DATUM 21.7.2011 - 08:00 Uhr
- QUELLE [DIE ZEIT, 21.7.2011 Nr. 30](#)